

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

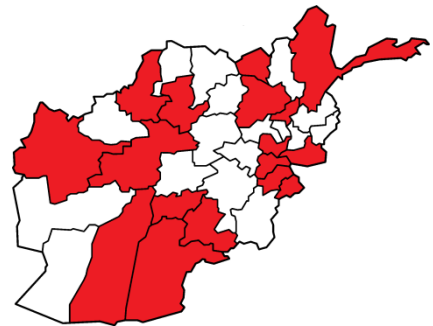
Briefing Notes

20. Oktober 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 13.10.14 verübten Taliban in Kabul einen Autobomben-Anschlag auf einen ISAF-Konvoi. Dabei wurden drei Menschen verletzt und einer getötet. Bei einer weiteren Bombenexplosion auf einem Markt am nördlichen Stadtrand von Kabul erlitten 22 Zivilisten Verletzungen. In der östlichen Provinz Nangarhar sprengte sich ein Selbstmordattentäter vor einem Krankenhaus in die Luft. Er tötete eine Frau und verletzte sieben Menschen. In der nordöstlichen Provinz Kunduz wurden ein Berater der Finanzbehörde und zwei seiner Begleiter bei einem gezielten Bombenanschlag verletzt. In der nördlichen Provinz Sar-e Pul überfielen Taliban einen Konvoi der afghanischen Sicherheitskräfte.



Dabei wurden mindestens 14 Soldaten und Polizisten sowie 23 Taliban getötet. Der Distrikt Sangin in der südlichen Provinz Helmand konnte von der afghanischen Armee zurückerobert werden. In der südöstlichen Provinz Paktia wurden nach Regierungsangaben sieben Zivilisten bei einem NATO-Luftangriff getötet. Nach NATO-Angaben handelte es sich um Aufständische. In der südlichen Provinz Uruzgan haben die Taliban nach eigenen Angaben eine örtliche Polizeistation erobert. Am 14.10.14 wurden bei einem Bombenanschlag im 5. Polizeibezirk von Kabul zwei Zivilisten getötet und drei verletzt. In der südlichen Provinz Helmand kamen ein Lehrer und ein Mitarbeiter der örtlichen Bildungsbehörde bei der Explosion einer Straßenbombe um. In der nordöstlichen Provinz Badakhshan wurden durch Mörsergranaten drei Kinder getötet und fünf verletzt. Im Distrikt Khakrez der südlichen Provinz Kandahar machen Anwohner die Sicherheitskräfte für den Tod von sechs Zivilisten durch fehlgeleitetes Mörserfeuer verantwortlich. In der südlichen Provinz Helmand wurden bei einem Angriff Aufständischer der Chef des Distrikts Naad Ali und zwei Bodyguards getötet, sechs Personen wurden verletzt. Weitere Polizisten und Taliban starben bei Zusammenstößen in den südlichen Provinzen Zabul, Uruzgan und Helmand. Die ISAF erklärte, ihre größte Militärbasis in Helmand am 26.10.14 an afghanische Sicherheitskräfte übergeben zu wollen.

Am 15.10.14 wurden in der südöstlichen Provinz Khost und der zentralafghanischen Provinz Logar mindestens 14 Sicherheitskräfte von Aufständischen getötet. Im Distrikt Garziwan der nördlichen Provinz Faryab starben bei einem Bombenanschlag sechs Menschen.

Am 16.10.14 wurden bei Operationen gegen Aufständische in verschiedenen Provinzen, u.a. im östlichen Nangarhar und westlichen Herat, zahlreiche Taliban getötet. In der nördlichen Provinz Baghlan kamen zwei Strafverteidiger bei einem Bombenanschlag um und im Grenzdistrikt Torkham der Provinz Nangarhar wurde der Verantwortliche für die Telekommunikation erschossen.

Am 17.10.14 führte die afghanische Armee eine Operation gegen Aufständische im Distrikt Tagab der zentralafghanischen Provinz Kapisa durch.

Am 18.10.14 wurden neun Menschen bei einem Selbstmordanschlag auf einen Konvoi der Sicherheitskräfte im südlichen Helmand getötet. Im westlichen Ghor gab es bewaffnete Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Taliban-Gruppen mit mindestens 12 Toten. In der südöstlichen Provinz Khost wurde der Polizeichef des Distrikts Spera bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 19.10.14 starben in der östlichen Provinz Nangarhar bei einem Selbstmordanschlag in der Hauptstadt Jalalabad und bei mehreren weiteren Vorfällen mindestens 24 Personen. Bei einem Luftangriff wurde ein al-

Qaida-Führer getötet. In der zentralafghanischen Provinz Logar kamen bei koordinierten Angriffen Aufständischer vier afghanische Soldaten und neun Taliban ums Leben.

Pakistan

Sicherheitslage

Die pakistanische Armee setzt die Mitte Juni in den Stammesgebieten begonnene Offensive gegen radikalislamische Gruppen fort. In der vergangenen Woche wurden bei Luftangriffen im Stammesgebiet Khyber nach Militärangaben mindestens 21 Menschen getötet. Bisher starben dabei nach Militärangaben weit mehr als 1.000 Menschen.

Ebenfalls in der Region Khyber ereignete sich am 15.10.14 ein Selbstmordanschlag auf ein Friedenskomitee. Es gab fünf Tote und sieben Verletzte.

Berufungsgericht bestätigt Todesurteil für Christin

Die Berufung einer bereits 2010 zum Tode verurteilten Christin wegen angeblicher Blasphemie wurde vom Gericht der Stadt Lahore am 16.10.14 abgewiesen. Ihr Anwalt erklärte, ein weiteres Rechtsmittel beim Obersten Gericht Pakistans, der dritten und letzten Instanz, einzulegen. In der Vergangenheit erfolgten in letzter Instanz häufig Freisprüche oder eine Umwandlung in Gefängnisstrafe. Hinrichtungen wegen Gotteslästerung gab es bislang nicht.

Indien/Pakistan

Erneut Schusswechsel in Kaschmir

An der Grenze zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir kam es am 18.10.14 erneut zu Schusswechseln zwischen Grenzsoldaten beider Länder. In den vergangenen zwei Wochen waren bei derartigen Zwischenfällen 20 Zivilisten getötet worden.

Irak

Kampfhandlungen in Hit führen zu Flüchtlingswelle

Die Kampfhandlungen in der Provinz Anbar (vgl. BN v. 13.10.14) haben UNHCR-Angaben vom 14.10.14 zufolge erneut zu einer Flüchtlingswelle geführt. Schätzungsweise 180.000 Menschen seien aus der Stadt Hit geflohen, überwiegend nach Al-Khalidiya, Haditha, Rawa, Ana und in andere Städte in der Provinz Anbar. Einige seien auch nach Bagdad und Kerbela geflüchtet.

Bombenanschlag auf Moschee in Bagdad

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee in Bagdad starben am 19.10.14 mindestens 18 Menschen, 30 Menschen wurden verletzt.

Berichte von Menschenrechtsorganisationen

Amnesty International hat in einem am 14.10.14 veröffentlichten Bericht schiitischen Milizen schwere Menschenrechtsverstöße und Kriegsverbrechen an Sunniten vorgeworfen. Auch Regierungstruppen würden Gefangene foltern und töten.

Nach einer Studie der Menschenrechtsorganisation Minority Rights Group International (MRG) wurden in diesem Jahr mehr als 12.000 Zivilisten getötet. Die meisten davon seien Opfer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) und ethnischer Säuberungen geworden.

Syrien

US-Armee versorgt Kurden in Kobane aus der Luft mit Waffen

Nach Angaben des US-Militärkommandos wurden die Kurden im umkämpften Kobane in der Nacht zum 20.10.14 aus der Luft mit Waffen, Munition und medizinischem Material versorgt. Die Lieferungen stammten von den kurdischen Behörden im Irak. Zudem habe die US-Armee mehrere Luftangriffe gestartet.

Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte gelang es am 19.10.14 den kurdischen Kämpfern, sich in vom IS besetzte östliche Stadtteile von Kobane vorzukämpfen.

Iran

UN-Bericht über Hinrichtungen

Ahmad Shahid, UN-Beauftragter für Menschenrechte in Iran, hat seinen neuen Bericht über die Menschenrechtslage in Iran anlässlich des 10. Internationalen Tages gegen die Todesstrafe am 10.10.14 veröffentlicht. Danach gab es von Juni 2013 bis Juli 2014 mehr als 850 Hinrichtungen. Der Bericht stützt sich auf offizielle Quellen. Unter den Hingerichteten seien viele Frauen und Jugendliche. Die meisten Hinrichtungen erfolgten nach Prozessen, die nur Minuten gedauert hätten, so der Bericht. Insgesamt wurden seit Bestehen der Islamischen Republik Iran mehr als 120.000 Menschen wegen unterschiedlichster Tatvorwürfe hingerichtet, darunter viele Minderjährige.

Jemen

Khaled Mahfus neuer Regierungschef

Drei Wochen nach dem zwischen den schiitischen al-Houthi-Rebellen und Regierungspolitikern unterzeichneten Friedensabkommen beginnt der Jemen einen Neuanfang zu einer Regierungsbildung. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Saba hat der jemenitische Präsident Abd Rabbo Mansour Hadi den UN-Botschafter Jemens, Khaled Mahfus Baha, am 13.10.14 zum Regierungschef ernannt. Auch die schiitischen Houthi-Rebellen hatten dem zugestimmt. Der aus der sunnitisch geprägten Provinz Hadramaut stammende Baha sei, so die Nachrichtenagentur, zugleich mit der Bildung einer Regierung betraut worden. Zuvor war das Land wochenlang faktisch führungslos. In dieser Zeit rückten die al-Houthi-Rebellen aus dem Norden auf die Hauptstadt Sanaa vor und übernahmen deren Kontrolle. Die Rebellen fordern mehr Mitsprache in dem von Sunniten dominierten Land.

Al-Houthi-Rebellen besetzen Hafenstadt al-Hudaida

Nach Angaben aus Sicherheits- und Militärkreisen haben die Houthi-Rebellen in der Nacht zum 14.10.14 die Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt al-Hudaida am Roten Meer einschließlich des Hafens und Flugplatzes übernommen. Dabei seien sie auf keinen Widerstand der Regierungstruppen gestoßen. Die Stadt liegt 230 km westlich der Hauptstadt Sanaa und hat zwei Millionen Einwohner. Die Rebellen hatten seit längerem einen Zugang zum Roten Meer für die von ihnen kontrollierten Gebiete gefordert.

Al-Houthi-Rebellen kontrollieren Grenzübergang nach Saudi Arabien

Die Rebellen haben laut einem Bericht der arabischen Tageszeitung „Al-Sharq al-Awsat“ vom 17.10.14 einen wichtigen Grenzübergang in der Region Harad der Nordprovinz Hajjah zum streng sunnitischen Königreich Saudi-Arabien übernommen.

Libanon

Wahl wegen Syrienkrise erneut verschoben

Wegen der Syrien-Krise verschiebt der Libanon nach Angaben eines Ministers gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters die Parlamentswahl erneut um zwei weitere Jahre auf 2017. Die sich verschlechternde Sicherheitslage lasse keine Abstimmung zu. Ursprünglich sollte die Wahl im Juni 2013 stattfinden. Mit der zweiten Verschiebung würden die Abgeordneten zwei Legislaturperioden in Folge haben. Überdies führte ein Streit unter den Abgeordneten in Beirut dazu, dass es seit Mai keinen Präsidenten gibt.

Der syrische Bürgerkrieg beeinträchtigt den Libanon erheblich. Zum Teil hat die Gewalt auf das Nachbarland übergegriffen. Was die Unterstützung der Bürgerkriegsparteien in Syrien anbelangt, ist der Libanon gespalten.

Türkei

Kämpfe mit PKK

Die türkische Armee dementierte Medienberichte über den Einsatz von Kampfflugzeugen gegen PKK-Stellungen in Daglica (Provinz Hakkari) im Grenzgebiet zum Irak. Bestätigt wurden Gefechte mit der PKK am 14.10.14, denen ein mehrtägiger Mörserbeschuss eines Armeepostens vorausgegangen sein soll.

Westafrika/Ebola

Lagefortschreibung

Die Ebola-Infektionszahl stieg bis 16.10.14 auf 8.997 Fälle an, 4.493 Menschen starben. Die Dunkelziffer liegt nach Angaben der WHO vermutlich doppelt so hoch. Als Region mit der höchsten Übertragungsrage gilt derzeit der nördliche Landesteil Liberias im Grenzgebiet zu Sierra Leone (Regionen Lofa, Gbarpolu, Bong). Während der Ebola-Ausbruch in Nigeria gestoppt werden konnte, wurde entgegen der WHO-Meldung vom 17.10.14, Senegal sei offiziell Ebola-frei, am 20.10.14 ein erster aus Guinea eingeschleppter Fall in Senegal gemeldet. Experten gehen davon aus, dass sich rund 10 % der internationalen Hilfskräfte infizieren werden. Die Beobachtung des Virus richtet sich vor dem Hintergrund laufender Programme zur Pandemieprävention nun stärker auf mögliche Mutationen des Virus, die eine leichtere Übertragbarkeit zur Folge haben könnten. Die US-Gesundheitsbehörde CDC bestätigte am 15.10.14 eine zweite Ebola-Infektion innerhalb der USA. Eine weitere Krankenschwester, die ebenfalls den aus Liberia stammenden Patienten Duncan gepflegt hatte, infizierte sich im Krankenhaus in Dallas. Der Weg der Infektion ist noch unklar.

Somalia

Anschlag in Mogadischu

Bei der Explosion eines Sprengkörpers am Fahrzeug eines ranghohen Geheimdienstmitarbeiters starben am 15.10.14 in Mogadischu mindestens fünf Personen. Zu dem Anschlag bekannte sich niemand. Beobachter vermuten die al-Shabaab hinter der Tat.

Proteste gegen AMISOM

Hunderte Einwohner demonstrierten am 19.10.14 im Distrikt Beledweyne gegen AMISOM-Einheiten aus Dschibuti wegen angeblicher Tötung unschuldiger Zivilisten. Mehrere Personen wurden bei den Protesten verletzt. AMISOM wies die Vorwürfe zurück. Die Soldaten seien vielmehr von bewaffneten Milizionären angegriffen worden und hätten sich verteidigt, als sie auf dem Weg zu einer etwa 40 km von Beledweyne entfernten Ortschaft waren, in der schwere Clankämpfe stattfanden.

Côte d'Ivoire

Erstmals Prozess wegen Zwangsverheiratung einer Minderjährigen

Zum ersten Mal muss sich ein Vater wegen der Zwangsverheiratung seiner Tochter (elf Jahre) vor Gericht verantworten. Nach Angaben eines Sprechers des Gerichts in der Stadt Bouaké könnte der am 22.10.14 beginnende Prozess ein „Exempel statuieren“. Die Identität des Ehemannes ist unbekannt. Verwandte hatten ihn während der Zeremonie vertreten.

Hinter dem Fall steht ein Projekt der örtlichen Nichtregierungsbewegung „Solidarität“, die vor allem auf Aufklärung in den Schulen im Norden und im Zentrum des Landes setzt. Die Anzeige erfolgte, nachdem der Schuldirektor des Mädchens die Organisation informiert hatte. Laut UNICEF heiraten rund zwölf Prozent der Frauen in dem westafrikanischen Staat vor ihrem 15. und 36 Prozent vor ihrem 18. Lebensjahr.

Tansania

UNHCR begrüßt Einbürgerung von rund 200.000 Flüchtlingen

Am 14.10.14 startete der tansanische Präsident Jakaya Kikwete die Einbürgerung von rund 200.000 burundischen Flüchtlingen mit der Übergabe der ersten Staatsbürgerurkunden. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) lobte die Aktion. Es sei das erste Mal in der Geschichte des UNHCR, dass eine so große Personengruppe in einem Erstasylland eingebürgert werde, hieß es in einer Erklärung vom 17.10.14. Begünstigt sind gut 162.000 Flüchtlinge, die 1972 aus Burundi vor Unruhen in das Nachbarland gekommen waren, sowie ein großer Teil ihrer dort geborenen Kinder. Die Einbürgerung war seit vielen Jahren geplant, verzögerte sich aber immer wieder.

Nigeria

Waffenstillstand zwischen den Streitkräften und Boko Haram

Am 24.10.14 verkündete der Stabschef der Streitkräfte, Alex Badeh, dass bei Verhandlungen im Tschad zwischen der Regierung und der Terrororganisation Boko Haram ein Waffenstillstand vereinbart worden sei. Die Befehlshaber der Truppen seien angewiesen worden, Boko Haram nicht anzugreifen. In einem Programm des Senders VOA in der in Nordnigeria vorherrschenden Sprache Haussa kündigten der nigerianische Präsidentenberater Hassan Tukur und ein bisher unbekannter Vertreter der Boko Haram namens Danladi Ahmadu – er bezeichnete sich als Generalsekretär von Boko Haram – die Freilassung von über 200 Schulmädchen an. Diese waren im April 2014 in der Stadt Chibok von Boko Haram entführt worden. Laut nigerianischen Pressemeldungen vom 20.10.14 könnte die Freilassung am 21.10.14 erfolgen. Zweifel hinsichtlich der baldigen Freilassung resultieren daraus, dass sich bisher niemand von der Führungsspitze der Terrorgruppe zu den Verhandlungen geäußert hat und in der Vergangenheit bisher alle Verhandlungen gescheitert sind.

Angriff der Boko Haram auf Dorf

Trotz des am Vortag verkündeten Waffenstillstands gab es in der Nacht des 25.10.14 im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa einen Angriff auf das Dorf Sina, Michika Local Government Area. Bei dieser Boko Haram zugeschriebenen Attacke töteten mehrere hundert Angreifer Dorfbewohner und brannten Häuser nieder.

Ukraine

Kämpfe in Donezk

Bei Gefechten zwischen ukrainischen Kämpfern und prorussischen Aufständischen starben in der ostukrainischen Stadt Donezk nach Angaben örtlicher Behörden am Wochenende des 18./19.10.14 vier Zivilisten durch Splitter, neun erlitten Verletzungen. Das ukrainische Militär sprach am 19.10.14 von 13 verwundeten Soldaten in den letzten 24 Stunden bei Kämpfen in der Ostukraine. Über Opfer der Rebellen gab es keine Angaben.

Die Kämpfe in Donezk betreffen meist den Flughafen, dessen vollständige Einnahme bislang keiner Seite gelang. Bei den Schusswechseln geraten immer wieder Wohngebiete unter Beschuss.

Separatisten weisen Schuld an MH17-Abschuss zurück

Die Separatisten in der Ostukraine haben Äußerungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) zum Absturz der malaysischen Passagiermaschine MH17 zurückgewiesen. Der BND geht davon aus, dass Flug MH17 mit fast 300 Insassen an Bord am 17.07.14 von den Separatisten mit einer Rakete eines auf einem ukrainischen Stützpunkt erbeuteten Luftabwehrsystem „Buk“ abgeschossen wurde.

Dem widersprachen die Separatisten. „Buk“ sei höchst kompliziert und ihnen fehlten Experten, um es zu bedienen, sagte Separatistenführer Andrej Purgin der Agentur Interfax zufolge in Donezk am 19.10.14. Die Anschuldigungen seien Folgen einer allgemeinen „Hysterie“. Purgin gab der Führung in Kiew die Schuld am Absturz. Es sei unverständlich, dass die Regierung den Luftraum über dem Konfliktgebiet nicht gesperrt habe.

Russische Föderation

Armee rekrutiert wieder Tschetschenen

Mehr als 150.000 junge Männer in Russland warten im Oktober 2014 auf ihre Einberufung. Unter ihnen sind rund 4.000 Wehrdienstpflichtige aus dem Nordkaukasus, die Hälfte Dagestaner sowie 500 Tschetschenen. Zuletzt wurden Tschetschenen 1992 eingezogen. Der tschetschenische Republikführer Ramsan Kadyrow zeigte sich erfreut. Mitte September 2014 hatte er sich gegenüber dem russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu noch darüber beklagt, dass Tschetschenen zwar zum Wehrdienst verpflichtet seien, aber nicht eingezogen würden. Für Kadyrow ist die Wiedereinführung der Einberufung von Tschetschenen eine Prestigefrage. Sie würde eine Rückkehr zur Normalität symbolisieren und gäbe dem umstrittenen Machthaber zudem die Gelegenheit, seine Loyalität zu Russland zu versichern, auch wenn die Zahl der militärdiensttauglichen jungen Männer mit rund 7.000 deutlich höher ist als die der nun Einberufenen.

Wegen der unsicheren Lage und des jahrelangen faktischen Kriegszustandes sah das Verteidigungsministerium Rekruten aus dem Kaukasus als Sicherheitsrisiko. Die Vorbehalte sind mit der Einberufung nicht hinfällig geworden. Von russischen Medien befragte junge Männer in der Kaukasusrepublik äußerten sich unterschiedlich. Neben neuen wirtschaftlichen Perspektiven sprachen sie ihren Unwillen an, in einer Armee zu dienen, die Verwandte von ihnen tötete oder verschwinden ließ. Im russischen Kernland werden Kaukasier oft diskriminiert. In den letzten Jahren gab es wiederholt rassistisch motivierte Unruhen.

Sri Lanka

EU-Einstufung der LTTE als Terrororganisation rechtswidrig

Der Europäische Gerichtshof entschied mit Urteil vom 16.10.14, dass die EU 2006 die tamilische Rebellenorganisation LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) auf Grundlage unzureichender Informationen als Terrororganisation eingestuft habe und diese Entscheidung rückgängig gemacht werden müsse. Das Vermögen der Rebellen bleibt eingefroren, wie das Gericht ebenfalls entschied. Die LTTE hatte die Einstufung der EU angefochten und ihren Kampf gegen die sri-lankische Regierung als bewaffneten Konflikt bezeichnet, so dass der Konflikt unter das humanitäre Völkerrecht fallen müsse. Die LTTE gilt aktuell noch in den USA, Indien, Kanada und Sri Lanka als Terrororganisation.

Die LTTE kämpfte von 1983 bis 2009 für die Unabhängigkeit des von Tamilen dominierten Nordens und Ostens Sri Lankas und übte in dem von ihr weitgehend kontrollierten Gebiet die alleinige Staatsgewalt aus. Mitte 2007 eroberte das sri-lankische Militär zunächst wichtige Stellungen der LTTE im Osten des Landes und verstärkte ihre Offensive im Norden. Anfang 2009 nahmen die Streitkräfte mit der Rebellenhochburg Kilinochchi, dem Elefantenpass und der Stadt Mullaitivu mehrere zum Teil seit Jahren von der LTTE gehaltene Stellungen ein und besiegten im Mai 2009 die Rebellen endgültig.

China

Proteste in Hongkong

Am 14.10.14 beseitigte die Polizei einige Barrikaden der Demonstranten in Causeway Bay auf der Insel Hongkong. In der Nacht zum 15.10.14 räumte die Polizei gewaltsam einen von Demonstranten besetzten Straßentunnel nahe dem Regierungssitz und nahm 45 Personen fest. Die auf einem Video dokumentierte Misshandlung eines Demonstranten durch mehrere Polizisten sorgte für Empörung. Am 16.10.14 bot Regierungschef Leung Chun-ying den Demonstranten Gespräche an, lehnte jedoch deren Forderung nach freier Wahl des Regierungschefs 2017 kategorisch ab. Am 17.10.14 räumte die Polizei eines der drei verbliebenen Protestlager im Geschäftsviertel in Mong Kok auf der Halbinsel Kowloon und öffnete damit wichtige Straßen wieder für den Verkehr. Als Demonstranten dort erneut Barrikaden errichteten, ging die Polizei in der Nacht zum 18.10.14 gewaltsam dagegen vor, konnte die Blockade jedoch nicht verhindern. Laut Polizei wurden 15 Polizisten verletzt und 26 Personen festgenommen. Auch am folgenden Tag gab es Ausschreitungen. An den übrigen Protestlagern in Admiralty und Causeway Bay auf der Insel Hongkong kam es zu kleineren Zwischenfällen. In der Nacht zum 20.10.14 entspannte sich die Lage. Für den 21.10.14 sind Gespräche zwischen der Regierung und den Demonstranten geplant.

Gewalt in Xinjiang

Am 12.10.14 töteten vier mit Messern und Sprengsätzen bewaffnete Uiguren auf einem vorwiegend von Han-Chinesen besuchten Markt im Kreis Bachu (Präfektur Kashgar) u.a. mehrere Polizisten, bevor sie von der Polizei erschossen wurden. Insgesamt starben bei dem Anschlag mindestens 22 Menschen, Dutzende wurden verletzt. Zwei Uiguren töteten bereits am 10.10.14 im Kreis Pishan in der Präfektur Hotan drei Polizisten und drei Beamte; sie wurden am 12.10.14 bei einer Straßenkontrolle von der Polizei erschossen. Die Tat soll aus Rache für den Tod eines Bruders der beiden im Polizeigewahrsam verübt worden sein.

Im Zusammenhang mit einem Gewaltausbruch im Kreis Shache am 28.07.14 verurteilte das Mittlere Volksgericht in der Präfektur Kashgar am 13.10.14 zwölf Personen zum Tode; 15 erhielten eine Todesstrafe mit zweijährigem Aufschub; neun Lebenslänglich und 20 Haftstrafen zwischen vier und 20 Jahren. Der Vorfall ist nicht gänzlich geklärt. Nach offizieller Darstellung hatten mit Messern und Äxten Bewaffnete eine Polizeistation und Regierungsgebäude angegriffen und dabei 37 Personen getötet, bevor Sicherheitskräfte 59 von ihnen erschossen. Uigurische Quellen gehen von der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration aus.

Philippinen

Abu Sayyaf lässt zwei deutsche Geiseln frei

Die islamistische Gruppe Abu Sayyaf ließ am 17.10.14 zwei deutsche Geiseln auf der Insel Jolo frei. Die beiden waren im April während einer Segeltour entführt worden. Ob das für den 72-jährigen Mann und seine 55-jährige Lebensgefährtin geforderte Lösegeld in Höhe von vier Millionen Euro gezahlt wurde, ist unklar. Die Entführer hatten gedroht, den Mann zu enthaupten, sollte das Lösegeld nicht bis zum 17.10.14 bezahlt werden.

Abu Sayyaf kämpft im muslimischen Süden des überwiegend katholischen Landes für einen eigenen Staat und erklärte sich solidarisch mit der Terrororganisation IS. Wie der philippinische Geheimdienst verlautete, befinden sich noch mindestens zehn Personen in der Gewalt der Terrorgruppe, darunter wohl ein Niederländer, ein Schweizer, zwei Malaysier und ein Japaner.